

## **Britische Polizei suchte nach dem Westminster Anschlag mit 900 Mitarbeitern gezielt nach „Islamophobie“, um einen Anstieg an Zwischenfällen behaupten zu können**



**Der "leichte Anstieg" an Islamophobie nach dem Terroranschlag in Westminster ist darauf zurückzuführen, dass die Behörden aktiv Moslems dazu aufriefen, entsprechende Verdachtsmomente zu melden.**

*von Jack Montgomery*

für [www.Breitbart.com](http://www.Breitbart.com), 29. März 2017

[Veröffentlicht am 31.03.2017 von 1nseipresse.blogspot.de](http://1nseipresse.blogspot.de)

Der geschäftsführende Polizeichef von London Craig Mackey sagte, es habe nach dem Anschlag einen leichten Anstieg" an sogenannten "islamophoben Zwischenfällen" gegeben, auch wenn er zugeben musste, dass der Anstieg "klein ist, und weitaus kleiner als bei vorigen Zwischenfällen".

Breitbart London kontaktierte das Pressebüro der Polizei für mehr Informationen zu den Zahlen hinter dieser Behauptung, woraufhin New Scotland Yard die folgende Liste weitergab:

- Mittwoch (Tag des Zwischenfalls): 2 islamophobe Zwischenfälle
- Donnerstag: 10 islamophobe Zwischenfälle
- Freitag: 11 islamophobe Zwischenfälle
- Samstag: 5 islamophobe Zwischenfälle
- Sonntag: 8 islamophobe Zwischenfälle
- Montag: 3 islamophobe Zwischenfälle

[Insgesamt also 39 verglichen mit 40 beim Anschlag verletzten plus einem getöteten, d.Ü.]

Die Stellungnahme, die New Scotland Yard zusammen mit den Zahlen schickte, lässt vermuten, dass der Anstieg nicht auf einen echten Anstieg an Islamophobie zurückzuführen ist, sondern eher etwas mit einem "Gemeindeaktivierungsplan" zusammenhängen könnte, mit dem die Behörden Moslems aktiv dazu aufrufen, sich zu melden, wenn etwas vorfällt, das sie als "Triggerereignisse" bezeichnen [Trigger = Auslöser, d.Ü.]:

→ *"Wenn wir ein mögliches auslösendes Ereignis identifizieren, dass zu mehr Hassverbrechen führen könnte, dann greifen wir auf einen Gemeindeaktivierungsplan zurück, um sicherzustellen, dass die Gemeinschaften, die Opfer von Hassverbrechen werden könnten wissen, dass wir diese Art von Vergehen nicht tolerieren werden und sie dazu aufrufen, die Polizei zu unterstützen."*

Die Stellungnahme ergab auch das schiere Maß an Ressourcen, welche die Polizei zur Verfügung stellt, um - im Rahmen der offiziellen Regierungslinie - Hassverbrechen aufzuzeichnen, da inzwischen etwa 900 Experten in diesem Bereich beschäftigt sind. In der Stellungnahme heißt es dazu:

→ *"In den letzten beiden Jahren hat die Polizei die Zahl der Sonderermittler in den 32 Gemeindebezirken von London um 30 Prozent angehoben, wobei inzwischen über 900 spezialisierte Mitarbeiter für die Ermittlung von Hassverbrechen zuständig sind."*

Es sollte angemerkt werden, dass die obige Auflistung der Zwischenfälle nicht der tatsächlichen Anzahl an Vergehen entspricht, sondern es lediglich Vorwürfe sind. Diese werden als "Zwischenfälle" abgehandelt, um dann zu bestimmen, ob die Anzeige weiter verfolgt werden soll oder nicht. Das Handbuch der Polizeiakademie zu Hassverbrechen stellt explizit fest:

→ *"Zu Aufzeichnungszwecken ist die Perspektive des Opfers oder einer anderen Person der definierende Faktor, ob ein Zwischenfall ein Hassverbrechen ist oder nicht," und dass "das Opfer seine Einschätzung nicht rechtfertigen muss und es auch keine Beweise braucht und die Polizisten die Einordnung nicht anzweifeln sollten. Beweise zu Feindseligkeiten sind nicht erforderlich für einen Zwischenfall oder ein Vergehen, um dieses als ein Hassverbrechen oder einen Hasszwischenfall zu registrieren."*

Im Juni 2016 gab der stellvertretende Polizeichef der Polizei von Essex, Maurice Mason, zu, dass einige der berichteten "Hassverbrechen" nach dem Brexitreferendum → *"Personen der Öffentlichkeit waren, die sich über Nigel Farage beschwerten oder wen auch immer... [aber] die Regel ist nunmal, dass wenn eine Person ein Hassverbrechen anzeigt, dann kommt es auch als Hassverbrechen in die Statistik."* Breitbart London fragte New Scotland Yard, ob auf einen der registrierten Zwischenfälle nach dem Anschlag von Westminster eine Anzeige folgte, allerdings wollten sie ohne eine offizielle Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz - bei der die Behörden 20 Tage Zeit für eine Antwort haben - keine Antwort darauf geben.